

Kemfert, Claudia

Article

Atomkonsens II könnte Element zukunftsweisender Energiepolitik sein: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia (2008) : Atomkonsens II könnte Element zukunftsweisender Energiepolitik sein: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 29, pp. 416-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151636>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Atomkonsens II könnte Element zukunftsweisender Energiepolitik sein

Von Claudia Kemfert*

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über steigende Energiepreise, drohende Energiekrisen und die energiepolitischen Möglichkeiten gesprochen wird. Zunächst einmal: Der Ölpreis wird in der Tat auf den internationalen Energiebörsen gebildet. Fakt ist, dass die Nachfrage nach Öl ungebremst hoch ist – auch und gerade weil Länder wie China, Indien oder Russland ihre Energie künstlich billig halten, also subventionieren. Dadurch fehlen Anreize zum Energiesparen.

Fakt ist auch, dass das Ölangebot nicht ohne weiteres mal eben schnell ausgeweitet werden kann. Dies hat kürzlich die OPEC selbst zugegeben und allen Pessimisten indirekt Recht gegeben, die davon ausgehen, dass Öl schon sehr bald wirklich sehr knapp werden kann. Die OPEC selbst, aber auch die Internationale Energieagentur und plötzlich nahezu alle Analysten sagen nun voraus, dass der Ölpreis sich in Kürze auf 200 bis 250 US-Dollar pro Barrel verteuern wird. Interessant ist daran insbesondere, dass alle dies bis vor einem halben Jahr kategorisch abgestritten haben.

Mit dem hohen Ölpreis steigt auch der Gaspreis in Deutschland, da die Gasabnehmer-Unternehmen in Deutschland mit den Gasliefer-Unternehmen langjährige Verträge abgeschlossen haben, in denen die Gaspreisbindung an den Ölpreis festgelegt ist. Somit erhöhen sich dann alle Energiekosten drastisch und energieintensive Sektoren leiden natürlich sehr stark. Sicherlich können einzelne Branchen von hohen Preisen für fossile Energie auch profitieren, wie die Anbieter erneuerbarer Energien oder auch der Bausektor aufgrund steigender Nachfrage nach verstärkter Gebäudedämmung.

Die Atomenergie hat mit den steigenden Ölpreisen wenig zu tun, da Öl zum größten Teil für die Mobilität eingesetzt wird und bisher zumindest nur wenige Autos mit Elektromotor – die also praktisch mit Atomstrom fahren können – unterwegs sind. Eine Verlängerung der Restlaufzeiten sicherer Atomkraftwerke kann lediglich die notwendige Zeit geben, alternative Kraftstoffe zu entwickeln, für eine nachhaltige Mobilität zu sorgen und erneuerbare Energien auszubauen. Die Atomenergie länger zu nutzen ist allerdings kein Garant für niedrige Strompreise, denn auch heute sind die Strompreise nicht gerade niedrig. Ein „Atomkonsens II“ könnte nur Sinn machen, wenn im Gegenzug zu einer Verlängerung der Laufzeiten niedrige Strompreise und eine von den großen Stromkonzernen finanzierte stärkere Erforschung alternativer Energien vereinbart würden. Der Streit um die Atomenergie macht nur eines deutlich: Wie zerstritten die Politik im Bereich einer einheitlichen, nachhaltigen und zukunftsweisenden Energiepolitik wirklich ist.

* Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.